Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg

DGB Bezirk Baden-Württemberg · Willi-Bleicher-Straße 20 · 70174 Stuttgart
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstraße 43
70174 Stuttgart

Gleichstellungsbeauftragte schützen und stärken

16. Oktober 2026

Antrag der DGB-Frauen Baden-Württemberg an die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Baden-Württemberg

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg beschließt:

1. Die Landesregierung sowie politische Entscheidungsträger*innen müssen sich an die Seite der Gleichstellungsbeauftragten im Land stellen, die aufgrund ihres Einsatzes für Gleichberechtigung persönlichen Anfeindungen, Einschüchterungen oder politischem Druck ausgesetzt sind. Ihre Arbeit muss sichergestellt werden.

2. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass Maßnahmen im Rahmen des angekündigten „Bürokratieabbaus" und zur Haushaltskonsolidierung nicht zulasten wirksamer Gleichstellungsarbeit- und strukturen gehen.

3. Die Landesregierung muss für verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen für Gleichstellungsbeauftragte sorgen. Dazu gehören eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung, klare Zuständigkeiten sowie ausreichende zeitliche Ressourcen.

4. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Vorgänge Hohenlohekreis[1] schnell geklärt – und rückgängig gemacht werden. Sie muss dafür sorgen, dass sich das zuständige Regierungspräsidium für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung wirksamer Gleichstellungsstrukturen vor Ort kümmert. Das zuständige Regierungspräsidium muss zu geltendem Recht stehen.

Begründung:

Die Gleichstellungsbeauftragten erfüllen für die Kommunen ihren Verfassungsauftrag aus Art. 3 Abs. 2 GG, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Neben ihrer Arbeit, Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts abzubauen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, beraten sie die Verwaltung und die

[1] https://www.gleichberechtigt.org/hohenlohekreis-schafft-gleichstellungsbeauftragte-ab

Kontaktperson:

Jessica Messinger
Bezirksfrauensekretärin
Frauen- und Gleichstellungspolitik

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
Telefon: +49 711 2028 259

jessica.messinger@dgb.de
www.bw.dgb.de

Stark in Arbeit.

Kommunalpolitik, unterstützen Bürgerinnen in schwierigen Lebenslagen und wirken an internen Personalprozessen mit. Das Chancengleichheitsgesetz ist hierfür die landesrechtliche Grundlage.

Die kommunalen Gleichstellungsstrukturen leisten damit auch einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen. Antifeminismus wird in Forschung und Praxis immer wieder als wichtiges Einfallstor für rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen beschrieben. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist eine starke Gleichstellungsarbeit aus unserer Sicht von großer Bedeutung.

Die Vorgänge im Hohenlohekreis geben Anlass zu großer Sorge. Wenn Gleichstellungsstrukturen unter politischen Druck geraten, Stellen infrage gestellt werden oder Gleichstellungsbeauftragte ihre Tätigkeit nicht fortsetzen können, betrifft das nicht allein die unmittelbar Betroffenen. Es stellt auch die Frage, welchen Stellenwert Gleichstellung in politischen-, aber auch beruflichen Entscheidungsprozessen tatsächlich besitzt.

Als Vertreterin gewerkschaftlicher Frauenpolitik ist für die DGB-Frauen klar: Beschäftigte, die sich für Gleichstellung einsetzen, brauchen verlässliche Arbeitsbedingungen und institutionellen Rückhalt.

Verwaltungsmodernisierung und knappe Haushalte dürfen nicht zum Vorwand werden, bewährte Interessenvertretungen und wichtige Gleichstellungsstrukturen abzubauen. Wo Gleichstellungsarbeit geschwächt wird, besteht die Gefahr, dass Benachteiligungen weniger sichtbar werden und notwendige Veränderungen ausbleiben.

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg sollte deshalb aus aktuellem Anlass erneut klar Position beziehen.

Mit freundlichem Gruß

Maren Diebel-Ebers

Stellvertretende Vorsitzende DGB BW

Stark in Arbeit.